

Hochheimer Stadtanzeiger

Amtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Erscheint auch unter dem Titel: Nassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion u. Expedition: Biebrich a. Rh., Rathausstr. 16. Telephon 41.

Redakteur: Paul Jorjick in Biebrich a. Rh.

Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich.

Stiller Expedition in Hochheim: Jean Lauer.

Anzeigenpreis: für die 6 gespaltene
Colonette oder deren Raum 50 Pfg.
Reklamezeile 100 Pfg.

Bezugspreis: monatlich 1.25 M. einjäh.
Bringselohn. Wegen Postbezug näheres
bei jedem Postamt.

Nr. 19

Donnerstag, den 12. Februar 1920.

Postfach 100
Frankfurt (Main) Nr. 10114.

14. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Nr. 62.

Bekanntmachung.

Die Wahlperiode der im Jahre 1916 gewählten Mitglieder und Stellvertreter der Steuer-Ausschüsse der Gewerbesteuerklasse III und IV läuft mit Ende des Steuerjahres 1920 ab.

Für den Verordnungsbezirk der Gewerbesteuerklasse III ist der Landkreis Wiesbaden mit dem Unterausschüsse vereinigt, für die Gewerbesteuerklasse IV bildet der Landkreis Wiesbaden einen Verordnungsbezirk für sich.

Für die beiden Steuerklassen sind aus der Mitte der Steuer-Gesellschaften je 5 Abgeordnete und 5 Stellvertreter zu wählen.

Zur Vornahme der Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter der Gewerbesteuerklasse III habe ich Termin auf

Dienstag, den 24. Februar ds. J., vormittags 10 Uhr,

und zur Vornahme der Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter der Gewerbesteuerklasse IV Termin auf

Dienstag, den 24. Februar ds. J., vormittags 11 Uhr

im Sitzungssaal des Stadtschulhauses, Friedrichstraße 32, hier-
kürzt, Zimmer Nr. 12, anberaumt.

Die Wahl findet im Zeitraum von 3 Jahren und zwar

für die Steuerjahre 1920, 1921 und 1922 statt.

Wahlberechtigt sind die in den betreffenden Gewerbesteuer-
Klassen veranlagten Gewerbetreibenden.

Ausgeschlossen von der Teilnahme an der Wahl sind alle Ge-
werbetreibenden, welche auf Grund des § 7 des Gewerbesteuer-
gesetzes wegen eines unter der Grenze der Steuerpflicht bleibenden

Ertrages und Anlage- und Betriebskapitals von der Gewerbesteuer
befreit sind.

Wählbar sind in beiden Klassen nur solche männliche Mitglie-
der derselben, welche das fünfzehnjährige Lebensjahr vollendet

haben und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden.

Von mehreren Inhabern eines Geschäftes ist nur einer wähl-
bar und zur Ausübung der Wahlbefugnis zu veranlassen.

Ältler- und ähnliche Gesellschaften üben die Wahlbefugnis
durch einen von dem geschäftsführenden Vorstände zu bezeichnenden

Beauftragten aus; wählbar ist von den Mitgliedern des ge-
schäftsführenden Vorstandes nur einer.

Minderjährige und Frauen können die Wahlbefugnis durch
Prokollmächte ausüben; wählbar sind letztere nicht.

Wird die Wahl der Abgeordneten und Stellvertreter seitens
einer Steuer-Gesellschaft verweigert oder nicht ordnungsmäßig be-
wirkt, oder verweigern die Gewählten die ordnungsmäßige Mit-
nahme, so geht die dem Steuer-Ausschüsse zustehenden Befugnisse

für das betreffende Steuerjahr auf den Vorstehenden über.

Die Wähler und Bevollmächtigten haben sich durch die Ge-
werbesteuer-Benachrichtigungsscheine oder Steuerzettel für das

laufende Steuerjahr bzw. beglaubigte Vollmachten zu legitimieren.

Wiesbaden, den 2. Februar 1920.

Der Vorsitzende
des Steuer-Ausschusses der Gewerbesteuerklassen III und IV.

Nr. 63.

Bekanntmachung.

Der Weiger Konrad Hardert in Erbenheim beabsichtigt auf
dem Grundstück Cde Wörth- und Sedwitzer in Erbenheim, ver-
zeichnet im Grundbuche unter Band 8, Blatt 207, K. Bl. 4, Pars.
Nr. 119/330, nach Maßgabe der eingereichten Beschreibungen und
Zeichnungen ein

Schlachthaus mit Wurstküche und Grube

einzurichten.

Dieses Unternehmen bringe ich hiernach gemäß § 17 der Reichs-
gewerbeordnung mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntnis,
etwaige Einwendungen gegen daselbe binnen 14 Tagen bei mir

schriftlich in 2 Exemplaren oder zu Protokoll anzubringen.

Die Frist beginnt mit dem Wochentage, welcher auf den Tag
folgt, an dem die diese Bekanntmachung enthaltende Nummer des

Kreisblattes ausgegeben wird.

Nach Ablauf der Frist können Einwendungen in dem Befah-
ren nicht mehr angebracht werden.

Die auf das Unternehmen bezüglichen Beschreibungen und
Zeichnungen liegen an den Wochenenden während der Vormittags-
Dienststunden von 9-12 Uhr in Zimmer 23 des Landratsamtes

hierzu zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der gegen das oben bezeichnete
Unternehmen etwa rechtlich erhobenen Einwendungen wird hier-
durch Termin auf

Samstag, den 28. Februar d. J.,
vormittags 10 Uhr

im Zimmer 23 des Landratsamtes anberaumt.

Im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder derjenigen,
die Einwendungen erhoben haben, wird gleichwohl mit der Erörte-
rung der Einwendungen vorgegangen werden.

Wiesbaden, den 10. Februar 1920.

Der Landrat,
A. Dr. Müller.

Nichtamtlicher Teil.

Zur Auslieferungsfrage.

Es London, 9. Februar. (Kont.) Die durch die Aus-
lieferungsfrage entstandene Lage beruht auf
einem Mißverständnis. England hatte keine Einsicht in
die französische und belgische Liste. Von einer plötzlichen Verän-

derung der belgischen Ansicht kann keine Rede sein, es handelt sich
jedoch darum, daß England im Zusammenhang mit den Allie-
ten, des Marquis und Attorneys-Generals in Paris hatte zur
Folge, daß die Angelegenheit vollständig geklärt wurde. Eine Ab-
änderung der belgischen Liste fand nicht statt. Die Liste wird Ge-
genstand eines Gedankenaustausches zwischen den Alliierten und
den Deutschen sein müssen.

Berlin, 9. Februar. Eine Havasnote vom Sonntag abend
nimmt scharf Stellung gegen die Erklärung der deutschen Regierung
in der Auslieferungsfrage, bevor diese in Berlin überreicht worden
sei. Eine bedingungslose Festnahme und Auslieferung der in der
Liste geforderten Deutschen in der Form, wie sie die Deutschen auf-
stellen, sei von den Alliierten nicht erwartet. Die Form der Berech-
tigung würde auch den Beschädigten gegenüber gewahrt werden.

Es Berlin, 9. Februar. Zu der verschiedentlich erörterten
Frage der Möglichkeit eines Kompromisses in Sachen der Ausliefe-
rung wird nach der „D. Allg. Ztg.“ an unterrichteter Stelle erklärt,
daß die deutsche Regierung ihren Standpunkt in der Note vom
26. Januar fest unerschrocken habe. Eine Ueberbreitung der dort
gezeichneten Grenze sei unmöglich. Unmöglich sei auch der Vorschlag,
das Gericht in Köln einzusetzen. Damit würden die Angeklagten in
die Gewalt der Entente kommen. Das genannte Blatt erhebt scharfen
Einspruch gegen den Vorbehalt der Regelmäßigkeit, wonach die Allie-

tierten Regierungen diejenigen Verbrechen nicht zu amnestieren beab-
sichtigen, die in den belagerten Ländern nicht eingeschlossen sind.

Es Berlin, 9. Februar. Der Ausschuss für auswärtige Ange-
legenheiten beschloß heute nachmittag mit der Auslieferungs-
frage. Zum Schluß der Verhandlungen, die wie alle Sitzungen des
Ausschusses streng vertraulich war, laßt der Vorsitzende Schöde-
mann das Ergebnis der Verhandlungen folgenmaßen zusammen-
zufassen: Unbefriedigend mancherlei Ausstellungen an Einzelheiten. Alle ich
fest, daß der Ausschuss in der Auslieferungsfrage sich einverstanden er-
klärt mit dem bisherigen Verhalten und den vorgeschlagenen
Schritten der Regierung. Der Ausschuss erwartet, daß er vor
weiteren entscheidenden Schritten der Regierung so rechtzeitig be-
rufen wird, daß er Stellung dazu nehmen kann.

Erklärung zur Auslieferungsfrage.

Es Berlin, 9. Februar. Der Reichsminister der auswärtigen
Verhältnisse, Herr Dr. Zimmermann, erklärte heute in einer Unterredung,
in der er sich u. a. äußerte: Ich habe auf dem Standpunkt, daß
die Auslieferung irgend eines Deutschen einfach undurchführbar
ist und daß in diesem Punkte die Regierung und das ganze Volk
völlig einmütig sind. Keine deutsche Regierung wird anders han-
deln können. Das deutsche Volk bildet in dieser Frage eine Ein-
heitsfront, die nicht zu erschüttern ist. Auf die Frage, ob dieser
Standpunkt nicht im Widerspruch stehe mit der Tatsache der An-
nahme des Friedensvertrages, erklärte der Minister, die Regie-
rung habe jederzeit alles Erdenkliche getan, um die Annahme
des Schmachartikels zu erreichen. Der Minister selbst habe in
den letzten Tagen mehreren alliierten Vertretern die Unmöglich-
keit des Auslieferungsparagraphen dargelegt und auch persönliche
praktische Vorschläge gemacht. Von den betreffenden Entente-
regierungen seien ihm gute Ausnahmen gemacht worden. Als Gegen-
satz trösten die Unterzeichnung ohne jeden Vorbehalt innerhalb
von 24 Stunden forderte, habe Erklärer in der Nacht noch einmal
vergebens versucht, durch einen Mittelmann die Alliierten zum
Verzicht zu bringen. Es blieb der Regierung und der National-
versammlung am 23. Juni nichts anderes übrig, als unter dem un-
geheuren Zwang und der Drohung des Schmachartikels die Friedens-
bedingungen ohne Vorbehalt anzunehmen. Sie hoffen dabei auf
die magnanimere Wirkung der Zeit. Sie rechnen damit, durch
neue Verhandlungen die Auslieferung des Schmachartikels abzu-
nehmen zu können. Auf die Frage des Reichsministers nach
diesen Verhandlungen sagte Erklärer, die Regierung habe dar-
über ja bereits Aufschlüsse und Aufzeichnungen veröffentlicht, die
den nötigen Aufschluß gaben. Er selbst sei so weit gegangen, daß
ihm der Bericht der Alliierten auf die Auslieferung mit Opfern
auf anderen Gebieten nicht zu teuer erkaufte erschien. Er habe
deshalb mit einer alliierten Macht über den Vertrag verhandelt,
damit die alliierte Macht von der Auslieferung der deutschen Staats-
angehörigen Abstand nehme und bei den Alliierten in entsprechen-
dem Sinne wirke. Der Reichsminister fragte weiter, ob die Allie-
tierten aus der Haltung des deutschen Volkes nicht den Schluß zie-
hen könnten, daß Deutschland die Verpflichtung des Friedensver-
trages nicht einhalten wolle. Der Minister erwiderte: Dieser
Schluß entspricht weder den Absichten der deutschen Regierung noch
den Tatsachen. Meine Finanzreform geht gerade dahin, Deutsch-
land für die Wiedergutmachung leistungsfähig zu machen. Denn
nur auf ge und Grundlage kann es seinen Verpflichtungen gerecht
werden. Wenn die Alliierten bedenken, was Deutschland bereits
leistet abzugeben hat, so können sie von einem mangelnden Willen
zur Erfüllung des Vertrages nicht sprechen. Das Saarbecken, das
Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Gebieten, die
Handelsflotte, die Kohlen, die Parkhäuser, Maschinen, das Eisen-
bahnmateriale, die Schulden unserer Kriegsverbindungen an uns, all
das zurückgelassene Material und die Kosten für das Befestigungs-
heer, all das macht eine Summe von 44 Milliarden aus. Wir erfüllen
unser Pflicht, obwohl uns durch das Verhalten der Alliierten in-
folge des Beides im Westen unvorstellbare wirtschaftliche Schäden zu-
gefügt worden sind. Die Entente hat uns unsere internationalen
Verträge wie Kabel, Patente und Auslandsbank wogenommen.
Deutschland ist jener biblischen Frau zu vergleichen, der der harm-
lose Samariaer sich näherte. Mit Dank wollen wir anerkennen,
daß der erste harmlose Samariaer Holland war. Um unser
Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, müssen die Alliierten
auch überlebens den Artikel 235 zur Ausführung bringen und uns
Arbeitsmittel und Rohstoffe zuführen lassen. Daß Deutschland
guten Willens ist, hat es bereits gezeigt. Ich erinnere nur daran,
mit welcher Ruhe die Kommuna der belagerten Gebiete erfolgt ist.
Ich hoffe bestimmt, daß die Alliierten Regierungen von ihrem
Auslieferungsplan Abstand nehmen. Ich bin überzeugt, daß die
Ententevertreter in Berlin, die die heutigen Verhältnisse aus-
eigener Anschauung kennen, dieselbe Aufgabe stellen wie die
jetzige Regierung und das ganze deutsche Volk.

Es Berlin, 9. Februar. Der Reichsminister Erklärer
äußerte sich dem amerikanischen Journalisten Karl von Wiegand
gegenüber über die Auslieferungsfrage folgenmaßen: Ich be-
wahrte die Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles
schweren Herzens, weil ich sie damals für unumkehrlich hielt. Ich

war mir dabei völlig bewußt, daß viele Deutsche mein Handeln miß-
billigen würden. Es war mir ferner von vornherein klar, daß
manche Bestimmungen des uns aufzuzwingenden Friedensvertrages
auch bei dem denkbar besten Willen deutscherseits nicht durchführ-
bar sein würden. Ich war aber überzeugt, daß es meine Pflicht sei,
im Interesse Deutschlands so zu handeln, wie ich es tat. Mehr als
jede andere Bestimmung des Friedensvertrages von Versailles
hatte ich die der Auslieferung Deutscher an fremdländische Gerichte
für völlig undurchführbar. Auch nur der Verlust dieser Bestim-
mung des Versailles-Vertrages zu verwirklichen, würde sehr schwere
Verwirrung in Deutschland nach sich ziehen. Die Konsequenzen
konnten auch für das gesamte Europa unvorstellbar ernst werden.
Ich kann daher nur noch einmal betonen, daß ich unter keinen Um-
ständen — was auch etwa eintreten möge — die Hand zur Aus-
lieferung Deutscher an fremde Gerichte bieten werde. Ich bin über-
zeugt, daß das gesamte Volk diese meine Auffassung teilt.

Deutsche Einmütigkeit.

Berlin, 10. Februar. Die Fraktionsführer der verschiede-
nen politischen Parteien wurden gestern vormittag zu einer ver-
traulichen Besprechung nach dem Auswärtigen Amt geladen. Die
Regierung ließ ihren Standpunkt bestimmen, und die Parlamen-
tarier erläuterten den ihren. Hierbei ergab sich völlige Einstim-
migkeit über Verweigerung jeglicher Auslieferungsforderung. Den Parla-
mentariern ist auf das bestimmteste und feierlichste versichert wor-
den, daß die Regierung in die Frage der nationalen Ehre und
Würde fest bleiben und an ihrem bisherigen Verhalten nicht zu
rücken sei. Auch die Mitteilung des „Daily Telegraph“, wonach
viel Ähnliches an der deutschen Entschlossenheit sei, beruhe auf Un-
wahrheit. Wenn in demselben Blatt von dem völligen Zurück-
halten der Arbeiterpartei gesprochen werde, können damit höch-
stens die Unabhängigen gemeint sein. Erst gestern vormittag habe
sich bei den vertraulichen Besprechungen ergeben, daß mit Einschluß
der Mehrheitsparteien die nationale Einheitstrotz völlig ge-
schlossen bestünde. Die große Volksmasse verlange geradezu von der
Regierung, daß sie die bindende Erklärung abgibt, jede Auslieferung
zu verweigern.

Zu Beginn der Sitzung des Ausschusses für Auswärtiges hielt
Reichsminister des Auswärtigen, Herrmann Müller, eine längere Rede.
Seine Ausführungen gipelten in der Versicherung: „Es kann von
der Entente angebracht werden, was da will, wir sind schließlich
außer Stande, diese Leistung zu vollbringen. Die Regierung ist
in der Frage der Auslieferung nach der Meinung, daß sie unter
allen Umständen verweigert werden muß.“

Für die Sozialdemokraten sprach der Abgeordnete Braun. Auch
er brachte zum Ausdruck, daß die Fraktion geschlossen gegen die
Auslieferung sei. Abgeordneter Trübner (Zentrum) stellte sich im
Namen einer Partei hinter die Regierung. Abgeordneter Traub
(Deutsche Volkspartei) führte in einer längeren Rede gleichfalls aus, daß
die Auslieferung ein Unding sei. Er richtete an die Regierung die
beiden Fragen, was mit der Gegenliste werde, die wir in Händen
haben, und was unter der zweiten Auflage zu verstehen sei. Der
Demokrat Hauptmann stellte sich ebenfalls hinter die Regierung.
Dann hielt der Unabhängige Cohn eine längere Rede. Die Volks-
partei gab durch den Abgeordneten Heintze eine kurze Erklärung
ab, daß seine Fraktion mit der Erklärung Müllers einverstanden sei.

Reichsminister Müller entgegnete dem deutschnationalen
Redner, daß sich die Regierung nicht nach nicht ganz klar darüber
sei, was man unter zweiter Auflage zu verstehen habe. Die erste
Frage Traubs, die sich auf die Gegenliste bezog, beantwortete er
dabin, daß eine Gegenliste vorhanden sei. Die Regierung habe
sie sofort nach dem Eintreffen der feindlichen Listen veröffentlicht
wollen. Sie habe sich jetzt aber entschlossen, unsere Liste genau so
auszuarbeiten, wie unsere Gegner es getan haben, um so die En-
tente mit eigenen Waffen zu schlagen.

Es Berlin, 10. Februar. Die Großberliner Studentenschaft
veranstaltete heute eine kraftvolle Kundgebung gegen die Ausliefe-
rungsfrage der Entente. Der Vorsitzende des Ausschusses der Stu-
dentenschaft der Universität Berlin hielt eine Ansprache, in der er
den heutigen Tag als den schwarzesten in der Geschichte des deut-
schen Volkes bezeichnete. Der Rektor der Universität, Professor
Eduard Reuter, wies in seiner Rede darauf hin, daß wir, wenn
wir dem Verlangen der Entente nachgeben, uns selbst auf der Höhe
der Nationen auszeichnen und den letzten Akt vom Achtung im
Auslande verlieren würden. Dann verlas der Vorsitzende der
Studentenschaft eine Entschlossenheit, in der es heißt: In einmütig-
gem Besitze mit dem ganzen deutschen Volk weist die Studentenschaft
zusammen mit ihren Lehrern in tiefer Entrüstung das Ansehen
der Gegner Deutschlands zurück, deutsche Männer feindlichen Ge-
sinnes auszuweisen. Ridiculisierend ist die Nation, die nicht ihr
Alles freudig legt an ihre Ehre.

Deutschlands Vertragsleistungen.

Es Berlin, 9. Februar. In einem dem Berliner Vertreter
der „Chicago Tribune“ gewährten Interview verwarf sich Reichs-
minister Hermann Müller mit großer Entschiedenheit gegen die in
der Ententezeit immer wieder aufgeführte Behauptung, daß
Deutschland den Friedensvertrag nicht erfüllen wolle und bisher
so gut wie nichts leistete. Der Minister bezeichnete die Behauptung
als unrichtig. Er versicherte, daß man sich nicht gebärdet har-
darüber sei, welche ungeheure Leistungen aus dem Waffenstillstands-
vertrag Deutschland bereits erfüllt. Er bemerkte, daß Frankreichs
Bezahlung seiner 5 Milliarden Francs (4 Milliarden Mark) be-
tragenden Kriegsschuld nach dem Krieg 1870/71 in weniger als drei
Jahren die Bewunderung der Welt erregte, und erregte, und gerade
Deutschlands bisherige Leistung, wobei er darauf hinwies, daß es
für die richtige Bewertung derselben nicht darauf ankomme, was
daran nach dem Friedensvertrag auf die ersten bis zum 1. No-
vember Jahres zu bedenden 20 Milliarden als Wiedergutmachung
anzurechnen sei, sondern darauf, in wieviel das deutsche Volk aus-
mögen sich durch die Leistungen verringerte. Nach den Schätzungen
der deutschen Zentralbehörden, fuhr der Minister fort, bei dem
der Welt in dem Zeitpunkt der Leistungen in Goldmark abge-
schätzt worden ist, sind bis jetzt folgende Leistungen bewirkt worden:

1. Die Saargruben mit 1000 Millionen Goldmark;
2. Die Liquidation der deutschen Unternehmen im Ausland auf
12 Milliarden Goldmark;
3. das Reichs- und Staatseigentum in den abgetretenen Ge-
bieten 6600 Millionen Goldmark.

heim.
als
der
en
effor
ein
riner
thät
3,7
stoff
anden.
ganz
Ba-
bar.
Re-
nen
für
Ge-
ist
für
ffen.
eine
ere
zur
ange-
heute
en, 2
hres-
hen-
einer
der
tügen
die
mit
trent
das
kann
gigen
hlen-
Her-
stems
mittel
rider-
Luo
n be-
we-
er-
ste-
die
weir-
egun-
zu
Doll-
eines
inlich
ezüge
treit-
ntelt
y
Be-
en
Ber-
crit-
fah-
am-
we-
Be-
Saale
ag im
s der
am-
nem
ein
ein
zimen
leber-
bringt
mthig
and
Regie-
reiert
ber-
der
men.
offi-
tione-
Ent-
g des
Ba
Nied-
mige
nach
ieder
zen.
Hinter
D. u.
arten-
at. er-
e die
inbel
und
höfere
offen.
Katz
kefes
erden
kurz
Nien-
dies
lung
en
wort-
wur-
Nid-
en
So-
gen
macht
seine
an der
agnis
Hinter-
des
agen-
inner,

ist seinem Opa angetraut. Unmöglich taucht, ganz unerwartet und unerwartet, ein Hüter des Ortes vor ihm auf. Ihn sehen, das Pferd herumfahren und zurückgehen, was das Wort eines Augenblicks. Doch eben so schnell hat auch der Beamte herbeigekommen, jenseit er in dem jungen Herrn einen guten Bekannten erblickt, mit dem er bereits schon einmal ein „Kaisliches“ Anwesen getroffen hatte. Und das Glück ist dem Beamten günstig, denn in demselben Moment kommt ein französisches Auto heran. Er winkt, es hält und schon beginnt die Verfolgung. Als der Beifahrer dieses freundliche Vorhaben merkt, fährt er an den Rand der Chaussee und wirft „Holla!“ aus in Gestalt eines Schalles, um „Kaiser“ zu entkommen. Aber es hilft nichts. Bald ist er gefasst. Im Schritt geht zu der Erleiderungsstelle zurück, der Kavalier — er hat sich als 1. Jemmer (schwarzgeschalteter Fiesel) entpuppt — wird wieder eingeladen, beide Herren folgen auf und bringen ihre nummehr „gemeinsamliche“ Beute in Nummer 20 nach Gröbenheim. Und dann fahren beide im besten Einverständnis in die herrliche Wohnung des jungen Herrn, was eine gemütliche Haus- besetzung beginnt, in deren Verlauf noch mehrere Jemmer Beisam zum Beschein kommen und beschlagnahmt werden. Sol! Sol! Am Rande des Platzes nach keine Not!

Flörsheim. Einen erfolgreichen Bankrott haben die hiesigen „Freien Kartelle“ gegen die Sozialisten durchgeführt. Als die letzteren für die Abhaltung von Versammlungen eine Sammelkiste mit 100 Mark für jeden einzelnen Fall forderten, wurde der vollständige Bankrott über die betreffenden Lokale verhängt. Der Erfolg war der, daß jetzt die meisten Sozialisten die schriftliche Erklärung abgegeben haben, daß sie keine Sammelkiste mehr erheben.

Rüdesheim. Ein verwegener Einbruch wurde in der Nacht vom Samstag auf Sonntag in dem Hause der Frau Otto Sturm ausgeführt. Die Eindringlinge benutzten den Zugang zum Hofge- bäude, überstiegen die Mauer und verschafften sich Eingang in die Keller- und Speisekammer. Sie durchschnitten dann die Drähte der elektrischen Klingel und verließen das Haus, ohne die Klingel zu betätigen. Durch das verurteilte Verbrechen wurde die Besizerin des Hauses, und als sie versuchte, Licht zu machen, fanden zwei Diebe, mit Gesichtsmasken versehen und Revolvern und Pistolen in der Hand, vor ihr und forderten Geld oder Leben. Frau Sturm erklärte, Geld besäße sie hier nicht, dagegen sei von dem Wirtschaftsgeld noch ein Teil in der Küche, und ging nun, eskortiert von den Eindringlingen, nach dem Keller, die Treppe hinunter, besah aber noch die Geistesgegenwart, den Dieben zu sagen, daß sich oben in einem Zimmer des oberen Stockwerkes etwas Geld befände, das sie haben wollten. In demselben Augenblick ergriß Frau Sturm die Türklinke zum unverschlossenen Zimmer des im Hause wohnenden französischen Kommandanten Herrn Lombardini und erbat in französischer Sprache dessen Hilfe. Darauf entfernten sich die Räuber auf demselben Wege, wie sie gekommen, ohne irgend etwas mitgenommen zu haben. Ein Dritter, der anschließend in den unteren Räumen Schmirgelland fand, schloß sich an einer aus dem Keller geholten Leuchte fest und blieb sitzen. Die mit dem Polizeihund verfolgten Spuren führen nach dem Rhein, wo sie sich verlieren. Die Hausbesitzerin darf man zu ihrer unerschrockenen Selbsthilfe in ihrer gefährlichen Lage beglückwünschen!

Höhl. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Samstagabend gegen 8 Uhr in der Wohnung eines Arbeiters in der Homburger Straße. Dort lag das achtjährige Tochterchen am Tische und machte seine Schularbeiten, wobei es eine kleine Metallkugel in der Hand hielt, die es als Hölzer für abgebrochene Griffe be- nutzen wollte; wie das Kind sagte, hätten zahlreiche andere Kinder ebenfalls derartige Hölzer, die dem gleichen Zweck dienen sollten. Auf bis jetzt nicht aufgeklärte Weise explodierte plötzlich die Kugel (vermutlich eine Sprengkugel von einer Selbstmordkugel), rief der Kleinen die linke Hand glatt ab und verletzte sie außerdem noch an der rechten Hand, der Stirn und an der Brust. Die mit am Tische sitzende Mutter wurde ebenfalls an der Stirn verletzt. Beide kamen sofort ins Krankenhaus.

my Elmberg. 9. Februar. Von heute ab ist die hiesige Eisenbahnverkefahre wegen Unmöglichkeit geschlossen. Anfolgenden sind ungefähr 3000 Arbeiter entlassen worden.

Frankfurt. In der Angelegenheit der bei der hiesigen Armatur-, Waffen- und Fäbrikation von Mebr. Heideberger aufge- bauten Beziehungen zum Reich des Reiches sind jetzt durch ein- gehende Revisionen beim ehemaligen Generalstabsoffizier in Siegburg erhebliche Verwicklungen von Offizieren, Beamten und Angestellten des Kaiserlichen Heeres festgestellt worden. Außer der Frankfurter Firma Heideberger sind noch drei andere auswärtige Firmen hier beteiligt. Die Höhe der Beschuldigungen geht in die Hunderttausende, die von den einzelnen Fabriken und Geschäften erzielten besonderen Gewinne in die Millionen. Es handelt sich bekanntlich um die Unterbringung von zurückgewiesenen milder- wärtigen Jünger unter neue Geschuldungen an die Front.

Frankfurt. 9. Februar. In der Nacht zum Montag drangen Diebe in das Soden- berg-Waldhaus ein und raubten von dem im Treppenhause in Schlaf- kisten ausgelegten goldenen und silbernen Geschmück und Schmuck- stücken, darunter 41 der wertvollsten Stücke. Der Sach- wert der gestohlenen Waren beträgt mehr als 500 000 Mark, der Kunst- und historische Wert ist unerschätzlich.

Frankfurt. 9. Februar. In der Nacht zum Montag drangen Diebe in das Soden- berg-Waldhaus ein und raubten von dem im Treppenhause in Schlaf- kisten ausgelegten goldenen und silbernen Geschmück und Schmuck- stücken, darunter 41 der wertvollsten Stücke. Der Sach- wert der gestohlenen Waren beträgt mehr als 500 000 Mark, der Kunst- und historische Wert ist unerschätzlich.

Frankfurt. 9. Februar. In der Nacht zum Montag drangen Diebe in das Soden- berg-Waldhaus ein und raubten von dem im Treppenhause in Schlaf- kisten ausgelegten goldenen und silbernen Geschmück und Schmuck- stücken, darunter 41 der wertvollsten Stücke. Der Sach- wert der gestohlenen Waren beträgt mehr als 500 000 Mark, der Kunst- und historische Wert ist unerschätzlich.

Frankfurt. 9. Februar. In der Nacht zum Montag drangen Diebe in das Soden- berg-Waldhaus ein und raubten von dem im Treppenhause in Schlaf- kisten ausgelegten goldenen und silbernen Geschmück und Schmuck- stücken, darunter 41 der wertvollsten Stücke. Der Sach- wert der gestohlenen Waren beträgt mehr als 500 000 Mark, der Kunst- und historische Wert ist unerschätzlich.

Frankfurt. 9. Februar. In der Nacht zum Montag drangen Diebe in das Soden- berg-Waldhaus ein und raubten von dem im Treppenhause in Schlaf- kisten ausgelegten goldenen und silbernen Geschmück und Schmuck- stücken, darunter 41 der wertvollsten Stücke. Der Sach- wert der gestohlenen Waren beträgt mehr als 500 000 Mark, der Kunst- und historische Wert ist unerschätzlich.

Frankfurt. 9. Februar. In der Nacht zum Montag drangen Diebe in das Soden- berg-Waldhaus ein und raubten von dem im Treppenhause in Schlaf- kisten ausgelegten goldenen und silbernen Geschmück und Schmuck- stücken, darunter 41 der wertvollsten Stücke. Der Sach- wert der gestohlenen Waren beträgt mehr als 500 000 Mark, der Kunst- und historische Wert ist unerschätzlich.

Vermischtes.

Waden. Der Oberbürgermeister erläßt folgenden Aufruf: Zur Verringerung der Not der Kinder in Wien hat sich auch hier die in den letzten Tagen hinein manche milde Hand zu reicher Spende ge- öffnet. Aber eben so als die fremden Kinder leben und die not- leidenden Kinder unserer eigenen Stadt auch bei uns herrscht Not und Mangel, und die armen, schwachen Kinder leben am meisten darunter, besonders jetzt in der kalten, kalten, kalten Jahreszeit. Es fehlt in unglücklichen Familien für die Kinder vor allem an der notwendigen Nahrung, an Wäsche und Schuhen. Dieser Mangel hat mit ehehemaligen Briefen eine grausige Seite in die Lebensgeschichte, verarmten, unglücklichen Kindergeister geschrieben. Mütter, Väter, Verwandte, Nachbarn, laßt uns vernehmen, durch Sam- lungen Mittel aufzubringen, um die äußerste Not von unseren Kindern fernzuhalten! Unsere Kinder sollen nicht zittern vor Hunger, Kälte und Mangel! Große Mittel sind hierfür erforderlich,

gebe jeder gerne, freudig und schnell nach seinen Kräften! Die Nachwelt soll sagen: In schwerer Zeit ist den Vätern von Wien kein Opfer zu groß gewesen für ihre Jugend und für ihre Zukunft! Sammelstellen werden von Haus zu Haus gehen... (Ein derartiger Aufruf wurde auch in anderen rheinischen Städten am Platz.)

„Briefkastenreiter“. Nach einem Bericht des Reichsamtens sollen die Briefkastenreiter vereinfacht und nur vereinfacht werden, wenn es sich gleichzeitig um eine Erhöhung des Amtrangs han- delt. Bei den Amtrangsbezeichnungen der einzelnen Beamtengruppen werden in Zukunft die „Ritter“, „Herr“ und „Leutnant“ Bezeich- nungen fortfallen. Ein Teil der Stellen erhält völlig neue Amtr- bezeichnungen, andere neue Beamtenstellen werden mit neuen Be- zeichnungen geschaffen; so führt z. B. die Reichspost die neue Be- zeichnung „Briefkastenreiter“ ein.

Für 20 Millionen neue Zintmünzen. Der Reichsrat hat sich kürzlich mit der Kleingeldnot befaßt, die im ganzen Reich besteht und eine Folge des Hamsterns ist. Der Reichsrat erklärte sich da- mit einverstanden, daß wir weitere 20 Millionen Mark Zintmünzen auszugeben. Im Ausschuss wurde darauf hingewiesen, daß alle bis- her beschlossenen Regelungen beim Mangel an Kleingeld nicht ge- nügen. Die Münzen können aus dem Verkehr, weil der Metallwert höher als der Nennwert ist. Wie es so weiter in unserer Entwicklung, so würden selbst die Zintmünzen diese Ent- wicklung folgen und dann würde dann zweifellos dahin kommen, die kleinen Münzen aus einem Stoff herzustellen, der völlig wertlos sei.

Magdeburg. Ein bezeichnetes Vorkommnis wird der „Mä- gischer Kreiszeitung“ erzählt: Kommt da am Sonntag nachmittag in der fünften Stunde ein Sonderzug, bestehend aus Lokomotive und Personenwagen von Salzwedel über Lützen bis nach Gröben- geladen und nimmt auf den Stationen nur Eisenbahnbeamte auf, um sie zu einem Eisenbahnererzügen in Salzwedel abzuholen. Am Sonntag morgen bringt in der Frühe eine Lokomotive die Eisenbahner wieder nach Salzwedel. Und dieselbe Ge- schichte soll schon einmal eine Woche vorher auf der selben Strecke passiert sein!

Ein unglücklicher Freisprung. Die zweite Frau des Oberpost- assistenten Luthemann in Schönebeck erklärte ihrem Dienstherrn, sie wolle ihren 12jährigen Stiefsohn Erich „kaputtmachen“, das „das müßte werden“. Sie legte ihm einen Leinwand unter das Bett, zog ihm ein Leinwandhemd an, beschwerte ihn mit Wasser und ließ ihn dann im Zug stehen, gab ihm warme Milch mit Kaffee- kornen aufs Brot und wollte ihn kaltgestellt beibringen, konnte aber nicht bekommen. Die Geschworenen sprachen das Salzwedel von der Anklage des Mordes frei, weil die Angeklagte ungeeignete Mittel benutzte.

Was Artisten verdienen. Die im Berliner Wintergarten freitenden Artisten rechnen sich zu den notleidenden Berufsleuten. Diese Artisten sind nicht zu verwechseln mit den „paupers salimbanges“, mit den kleinen, fastlichen unter den heutigen Verhältnissen bittere Not leidenden Artisten; im Gegenteil, es sind Leute, die über all- zugehörige Bezüge verfügen, wie folgende kleine Stichprobe zeigt: Otto Reuter erhält 30 000 Mark, 4. Herz 15 000, Frau Weltmeister- Berkmeyer 23 000, Längerpaar Matras-Stern 12 500, Frau 8000, Deloche 6000, Längerpaar Hoyer 7000, Längerpaar Abdulla 8000, Improvisator Förster 5000, Komiker Strebel 6000 Mark monatlich. Mit solchen Verdiensten ist man selbst heute nicht not- leidend.

Nach der leeren Seifelsack kommt jetzt zu Ehren! Durch den Kohlenmangel sind die Seifelsackpreise gestiegen, und es wer- den deshalb bis auf weiteres neue Seifelsacke überaus nicht mehr hergestellt. Die Seifelsacke müssen unter solchen Umstän- den, wenn sie ihren Zweck erfüllen sollen, gebraucht werden, welche heute bereits nicht unter 150 Mark das Stück zu haben sind.

Buntes Allerlei.

Boppard. Die „Bopparder Zug“ hat infolge der hohen Be- triebskosten die tägliche Herausgabe einstellen müssen. Sie er- scheint jetzt dreimal wöchentlich.

my Solingen. 9. Februar. Seit heute morgen berichtet hier der Generalstabschef, dem sich auch die Buchdruckerzünfte an- geschlossen haben. Die Zeitungen konnten nicht erscheinen. Der Generalstabschef ist eine Folge milder Streiks in gewissen Betrieben, infolge deren die Arbeiter der drei größten Betriebe mit 14- tägiger Frist gestrichelt haben.

Reich. Die Staatsanwaltschaft der Reichsregierung hat wegen Verführung des „Kaufmanns“ „Das Verbrechen der Dürren“ zu 1000 Mark Geldstrafe und einer Woche Gefängnis. Außerdem wurde auf Verhaftung des Mannes hier und auf an- deren Stellen des Angeklagten erkannt.

my Döhl. 9. Februar. Über dem großen Geyserpfad in Langhals wurde am Freitag aus etwa 100 Meter ein Flugzeug ab. Es ging beim Aufschlag Feuer. Der Passagier, Flugzeugführer Went, wurde tot aus den Trümmern geborgen.

Ein Vatermörder verurteilt. Das Reichsgericht verurteilte den Landwirt Albert Tröger aus Göttingen, der seinen 87- Jahre alten Vater mit einem Hammer erschlagen und in der Nähe des Hauses im Sande vergraben hatte, zu zehn Jahren Zuchthaus. Der Angeklagte selbst zugab, hatte er einen un- widerstehlichen Haß gegen seinen Vater.

Der New Yorker Valais Morgans ist von einer mörderischen Feuersbrunst heimgegriffen worden. In dem völlig verbrannten Gebäude fand man die Leiche der Schwägerin Morgans und ihrer Tochter von 12 und 13 Jahren.

Reich. Wegen Verletzung einer Anzeige über die Grenzspende wurden sämtliche vier Zeitungen in Rastatt (Wald) auf drei Tage verboten.

Nach ein Felsen der Zeit. In früheren Jahren fand man bei begraben der Leiche die Leiche leer von Schindeln. In unserer modernen Zeit hat das die Jugend nicht mehr nötig. Ein Arbeiter traf dieser Tage eine kleine Leiche, die die nachkommenden Kinder und Leiche die zur Rede. Man habe die Antwort: „Unter Vater ist im Wirtshaus und die Mutter im Kino.“ Solche Jugend kann gut werden.

Ein Baby aus Nibel. Einem hilfslosen Mann fiel am Bahn- hof in Gesele eine Dame auf, die ein außergewöhnlich starkes Kind auf dem Arme trug. Bei näherer Unternehmung stellte sich heraus, daß das Baby ein Weibchen mit etwa 30—40 Pfund Gewicht war, sein äußerlich mit Mädchen und dergleichen hergerichtet. Schallendes Gelächter der Umstehenden folgte der Bemerkung. Das Weib wurde beschlagnahmt.

my New York. Die Schneefälle dauern fort. Viele Küsten- städte sind vollständig verölt. Die Einwohner müssen sich herausgraben.

Neueste Nachrichten.

Die Minister in Düsseldorf.

my Düsseldorf. 10. Februar. Gestern nachmittag weilten hier Reichspräsident Hirsch, Handelsminister Fischer und Wohlfahrtsminister Steingewald in Begleitung des Oberprä- sidenten von Ost. Nach einer Besprechung mit der Provinzialver- waltung fand eine Konferenz mit Vertretern der Industrie, des Handels und Gewerbes statt, bei der der Vorstehende der Handels- kammer, Kommerzienrat C. B. Bornsagen, und Generalsekretär Dr. Brummer Anreden hielten. Minister Fischer erklärte, daß die vorgebrachten Wünsche Prüfung finden würden. Er fügte hinzu, er wisse wohl, welchen Kuhn die beschuldigte Arbeitslosigkeit im Bergbau nach sich ziehen würde. Die Regierung bemühe sich, die Arbeiter dazu zu bringen, möglichst viel Arbeit zu leisten und zu- nächst mehr als zuvor. Darauf begaben sich die Herren nach dem Rathaus, wo Reichspräsident Hirsch in Erwiderung auf die An- spreche des Oberbürgermeisters erklärte, der Gedanke der Industrie- provint sei nicht von der Regierung ausgegangen. Die Regierung habe nichts mit dem Plane zu tun. Die Minister hätten sich auf ihrer Reise überzeugt, daß Absonderungsbestrebungen von Preußen bei den maßgebenden Personen und Organisationen im Rheinland nicht vorhanden seien. Die Minister werden voraussichtlich morgen wieder nach Berlin zurückkehren.

Die Abstimmung in Nordfriesland.

my Flensburg. 9. Februar. Der Empfang der Stim- mungsberechtigten, die in Abstimmungsgebiete namentlich in Sonder- zügen in der ersten Zone eintreffen, war überall begeistert. Be- sonders in Apenrade und Tondern herrschte großer Jubel über die Ankunft der deutschen Brüder und Schwestern aus dem Süden.

my Kiel. 11. Februar. Nach den bis 8 Uhr heute früh vor- liegenden Ergebnissen über die Abstimmung in Nord- friesland wurden für Deutschland 20 224, für Dänemark 55 279 Stimmen gezählt. Eine Anzahl Gemeinden steht noch aus. Die Gesamtzahl der Stimmberechtigten beträgt etwa 110 000.

my Paris. 10. Februar. (Havas.) Ministerpräsident Millerand hat gestern der deutschen Regierung die Mitteilung hinsichtlich des Aufgebots der Truppen der rheinischen Besetzung machen lassen. **my Kopenhagen.** 10. Februar. „Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors: Von deutscher polnischer Seite wird mitgeteilt, daß Polen in der Frage des russischen Friedensange- botes nur in Übereinstimmung mit der Genue verhandeln werde. Eine der Friedensbedingungen müßte sein, daß die Sowjet- regierung ihre unpopuläre Regierungsart aufhebe.

Die englische Thronrede.

my London. 10. Februar. (Havas.) Der König eröff- nete heute persönlich das Parlament. Seine Rede nahm Bezug auf die Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland und die bevorstehende Ratifikation des Friedensver- trages mit Bulgarien und betonte die Hoffnung auf einen baldigen Friedensschluß mit Ungarn und der Türkei aus. Dann heißt es in der Rede weiter: In einer Anzahl von Situationen, die vor kurzem in London und Paris stattfanden, wurden die an- geordneten Beziehungen, die mit allen unseren Alliierten bestehen, gestärkt. Weiter wird in der Rede der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß in der abdriftigen Frage bald eine Lösung erzielt wird, und erklärt, daß es wesentlich sei, wenn der Friede und normale Ver- hältnisse im Wirtschaftlichen Osteuropas und Asiens wiederher- gestellt würden. Großbritannien und Frankreich näherten sich mit solchen Schritten der Stabilität und der Wohlfahrt. Alle Nationen müßten jedoch fortfahren, sich an dem Werk des Wiederaufbaus zu beteiligen. Die Lage in Irland erzeuge erste Besorgnisse. Die Bill für eine bessere Regierung dieses Landes werde unverzüglich eingebracht. Die Rede kündigte dann Maßnahmen an, die Ver- sicherung gegen die Arbeitslosigkeit sowie die Regierung der Arbeits- losen, Arbeitslosen und Bestimmungen gegen das Dumping an.

Die Auslieferungsfrage.

my Darmstadt. 10. Februar. Die Franzosen sollen als Grund der Aufnahme des feithetigen Großherzogs von Hessen in die Auslieferungsliste Minderungen im Schloß Hagenau und Exaltationen gegen die Zollverwaltung, die sich im Jahre 1917 angegeben haben. Hierzu erfahren wir von zu- ständiger Stelle: 1. Der Großherzog hat Hagenau im August 1915 verlassen und seitdem nicht wieder bereitet. 2. Der Groß- herzog und sein Stab haben niemals in Hagenau, sondern in einer dortigen Zifferfabrik gewohnt. 3. Das Schloß dient einem Teil des Generalstabskommandos des 18. Armee Korps als Unterkunft und wurde von ihm ebenfalls im Jahre 1915, wenige Wochen nach dem der Großherzog Hagenau verlassen hatte, geräumt, als das 18. Armee Korps auf einem anderen Teil der Front eingelegt wurde. 4. Der Großherzog war mit seinem Stab dem General- kommando des 18. Armee Korps zur Verfügung gestellt, welches irgend welche Anforderungen an die Zollverwaltung von seiner Seite nicht mehr gestellt worden sind. 5. Nach dem 5. August 1915 hielt sich der Großherzog nur noch einmal feinerzeit an der Front auf und zwar im Jahre 1916 vor Verdun. Von da an bezog er sich ausschließlich zu kurzen Besuchen feithetiger Truppenteile nach Frankreich und Belgien, weil ihm eine längere Abwesenheit von der Heimat nicht unbedenklich erschien.

my Berlin. 10. Februar. In der Auslieferungsfrage gehen dem Reichspräsidenten fortwährend aus allen Teilen und Schichten des Volkes Zuschriften zu, die von der tiefgehenden Erregung der Bevölkerung über das Auslieferungsproblem des Gegners und von der Unmöglichkeit über die Ruhe und landhafte Haltung der Regierung Zeugnis ablegen. Der Reichspräsi- dent dankt für diese Kundgebungen. Er ist mit der gesamten Reichsregierung der Ansicht, daß die Forderung der Gerechtigkeit un- veränderlich ist und versichert allen Einseindern, daß er und die Regie- rung alles daran zu setzen gewillt sind, um Deutschland nach so schwerer aller Forderungen zu erheben. Unsere Aufgabe muß es sein, die Gerechtigkeit im Sinne unserer Vorfahren am 23. Januar von der Unmöglichkeit der geforderten Auslieferung zu überzeugen zu lassen.

my Berlin. 10. Februar. Wie wir erfahren, hat der Reichs- justizminister den Oberstaatsanwalt angewiesen, in jedem möglichen Falle gegen einen Kriegsverbrecher beschuldigte Personen auf Grund der Liste oder auf anderen Mitteilungen eine Unter- suchung einzuleiten. Auch sollen schon von uns geführte Unter- suchungen z. B. in Fragen vorgeworfener Gefangenenselbsthand- lungen voll wieder aufgenommen werden. Der Reichsjustizminister laßt außerdem Material sammeln von solchen Fällen, in denen von uns während des Krieges und des Revolutionsjahres Verurteilungen erfolgt sind wegen Vergehen, die denen ähnlich sind, wie sie in der Liste vorgeworfen werden. Auch dieses Material soll veröffentlicht werden.

Eine zweite Unterredung mit Reichsminister Müller.

my Berlin. 10. Februar. Reichsminister Müller gewährte Segens, dem Korrespondenten der „Daily News“, eine Unter- redung. Auf die Frage des Korrespondenten, welche Haltung die deutsche Regierung hinsichtlich des Auslieferungsparagraphen annehme, und welche Wirkungen die Veröffentlichung der Auslie- ferungsliste haben werde, antwortete der Reichsminister: Die gegen- wärtige deutsche Regierung ist die gleiche, die die Unterzeichnung des Friedensvertrages sanktionierte und den Vertrag ratifizierte. Sie will das Unmöglichste leisten, um den Vertrag auszufüh- ren. Die Auslieferung der angeführten Deutschen im Monate nach Einstellung der Feindseligkeiten geht über die Kraft jeder deutschen Regierung. Gerüchte über Unstimmigkeiten innerhalb des Kabinets machen die Runde. Ich möchte diese Gerüchte beseitigen, um die Tatsache zu unterstreichen, daß das Kabinett in dieser Frage absolut einig ist, ebenso wie die Reichsregierung ganz darin einig ist, daß diejenigen, die eines Verbrechens schuldig sind, bestraft werden müssen. Den Weg dazu gab die deutsche Regierung an. Die alliierten Regierungen geben den Strafmaßnahmen eine Zustimmung, wonach trotz des Willens der deutschen Regierung eine Erfüllung dieses Teiles des Friedensvertrages pünktlich unmöglich ist.

my Amsterdam. 10. Februar. Die „Daily News“ meldet, hofft die „Westminster Gazette“, daß es Lord George gelingen werde, erhebliche und wichtige Veränderungen in der Auslieferungsliste zu erreichen. Die Liste hat nach diesem Blatt allgemein verurteilt. Die „Westminster Gazette“ weist darauf hin, daß eine Veränderung der Liste keine Veränderung des Friedensvertrages bedeutet, da die Liste selbst in keiner Hinsicht einen Bestandteil des Vertrages bildet. Die „Daily News“ veröffentlicht das Schreiben eines britischen Front- soldaten, der überzeugt ist, die Ansicht der meisten seiner Kameraden wieder zu geben, wenn er darum ersucht, daß die deutschen Ge- nerals nicht für die Verbrechen haftbar gemacht werden, für die sie nicht verantwortlich sind. In einem Leitartikel schreibt dieses rabi- kalen Blatt, die Liste der beschuldigten Personen enthält aufeinander gerade die Namen, von denen erwartet werden muß, daß sie die nicht darin stehen würden. „Daily News“ fragt, ob Lord George auf Drängen von Sir Auckland Geddes die Handelsbe- ziehungen mit Deutschland wieder aufheben oder etwas die Blockade wieder verhängen möge. Es handle sich hier um viel mehr, als um die Frage der Kriegsoekonomik. Diese Angelegenheit sei weit mehr ein Prüftstein für die Menschlichkeit der Alliierten als für die Menschlichkeit Deutschlands.

12. Februar. Der „Neue Tag“ erzählt von maßgebender Seite, daß sich das britische Kabinett entschlossen habe, eine Politik der Beruhigung Europas zu treiben. Auch die englische Kaufmannschaft dränge darauf, daß endlich eine Wende der Beruhigung eintrete. Aus dieser Neuorientierung der englischen Politik erklärt sich sowohl die Haltung der britischen Regierung gegenüber dem Sowjetland, als auch ihre Haltung in der Auslieferungsforderung.

13. Februar. Die „Times“ berichtet, daß der Oberste Rat in Paris eine neue Note über die Auslieferungsforderung des ehemaligen deutschen Kaisers verfaßt habe, die der niederländischen Regierung überreicht werden soll. Diese Note wird in London bei der Zusammenkunft der alliierten Minister besprochen werden.

13. Februar. Der Korrespondent der „Bäcker Nationalzeitung“ schreibt: Unter dem Eindruck der Londoner Nachrichten macht man sich darauf gefaßt, daß langwierige Verhandlungen mit Deutschland bevorstehen. Der Pariser Korrespondent der „Gazette de la Patrie“ erwartet ebenfalls umfangreiche Verhandlungen und bezeichnet es in diesem Zusammenhang als möglich, daß die Entente eine feierliche Erklärung für eine Antwort Deutschlands verlangt. Ein Londoner Telegramm der „Reinen Zeitung“ betont, daß man sich in England durchaus den juristischen und tatsächlichen Schwierigkeiten der Lage nicht verschließt. Allerdings verlangt die öffentliche Meinung in England nur die Befreiung derer, die für begangene Kriegsverbrechen verantwortlich sind. Es handelt sich hier nicht um nationale Feinde und auch nicht um Politiker, deren Verantwortlichkeit ja bestritten sein möge. Wenn dagegen in Deutschland die nationale Ehre zum Schutze von Verurteilten in Anspruch genommen wird, die Kriegsgefangenen mißhandelt haben, so würde man die Lage derer, die in England mit sichbarem Erfolg an dem Abbau der Kriegseisenbahnen wirkten, erschweren.

13. Februar. Hier verließ der Mob, das Gerichtsgebäude zu verlassen, um einen Reiter, der ein weißes Schutzmantel trug, zu landen. Die Truppen eröffneten das Feuer und töteten zwei Männer und zwei Frauen. Mehrere Personen wurden verwundet. Der Gouverneur befahl weitere 400 Mann Truppen.

Leichte Nachrichten.

13. Februar. (Havas.) Im Finanzministerium wird berichtet, daß der Plan bestehe, der das französische Tabakmonopol um 65 Millionen an Amerika abtritt.

13. Februar. (Havas.) In der heutigen Ministerkonferenz ließ der Minister der öffentlichen Arbeiten vom dem Präsidenten der Republik ein Dekret unterzeichnen, wodurch jede Kohlenlieferung an Tansien verboten wird.

Erkämpftes Glück.

Von Otto Eiser.

(18. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Die alte Dame war feinfühlig genug, um zu merken, daß das Vorleben dieses Buches Gertrud peinlich sein dürfte, und so sagte sie ruhig: So will ich darauf verzichten.

Seitdem wurde der Name Albrecht nicht mehr zwischen ihnen erwähnt.

Eines Tages erlitten der Kommerzienrat, als die Geheimrätin und Gertrud bei ihrem Nachmittagsessen saßen. Der Kommerzienrat kam so oft, wie es seine vielbeschäftigte Zeit erlaubte; Gertrud freute sich sehr, wenn sie sein freundliches Gesicht sah, das allerdings seit dem Tode ihres Sohnes einen etwas ernsteren Ausdruck angenommen hatte. Für Gertrud war er aber stets der gütige und freundliche Schwiegervater geblieben, im Gegensatz zu seiner Frau, die in ihre frühere Abneigung gegen Gertrud zurückgefallen war.

Ämliche Bekanntmachungen der Stadt Hochheim am Main.

Bekanntmachung.

Betrifft: Anfuhr von Holz.

Die Gemeinde hat eine größere Menge Brennholz von den Oberförstereien Oberrheinhof und Sonnenberg angekauft, welche eingelagert werden müssen.

Die Verbeden, welche willens sind, an der Anfuhr teilzunehmen, werden gebeten, sich zu einer Besprechung am Donnerstag, den 12. Februar d. Js., abends 8 Uhr in der Wirtschaft von Karl Fleischer einzufinden.

Hochheim a. M., den 10. Februar 1920.
Der Magistrat: J. B. Viktor.

Bekanntmachung.

Betrifft: Ausgabe von Kohlen.

Die der Gemeinde zur Verfügung stehenden Kohlen werden von Donnerstag, den 12. Februar d. Js., vormittags von 8 Uhr ab bei den Händlern abgegeben. Auf die Kohlenkarte, Abschnitt 9, entfällt pro Familie ein Zentner.

Da genügend Vorrat vorhanden ist, sind Einkommungen vor den Kohlenhöfen zu vermeiden, da jedem Einwohner die ihm zustehende Menge geliefert ist. Den Händlern ist es auf das Strengste verboten, sowohl größere Mengen als auch Kohlen ohne Karte zu verabreichen.

Hochheim a. M., den 11. Februar 1920.
Der Magistrat: J. B. Viktor.

Bekanntmachung.

Betrifft: Herstellung des Hauseinkaufs in der Küsterwohnung. Die Arbeiten zur Herstellung des Hauseinkaufs in der Küsterwohnung sollen im Submissionsweg vergeben werden. Angebote mit Kostenanschlag sind bis spätestens Freitag, mittags 12 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 8, abzugeben.

Hochheim a. M., den 10. Februar 1920.
Der Magistrat: J. B. Viktor.

Schulnahme 1920.

Das neue Schuljahr beginnt am 12. April 1920. Mit diesem Tage werden schulpflichtig die Kinder, die bis einschließlich 31. März 1914 geboren sind, sowie die die Schule noch nicht besuchen. Welche können aufgenommen werden die Kinder, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1914 geboren sind. Eltern, die von der letzten Bestimmung Gebrauch machen wollen, müssen ihre Kinder Donnerstag, den 12. ds. Mts., nachmittags von 2.30 bis 3.30 Uhr im Schulzimmer Nr. 1 dem Rektor vorstellen. Es ist notwendig, daß dieser Termin innerabgehalten wird, weil sonst der Nachweis dieser Kinder Schwierigkeiten erwachsen werden. Am Aufnahme-Tag, 12. April, erscheinen die Kinder um 2 Uhr im Schulzimmer Nr. 1, die Mädchen um 2.30 Uhr im Schulzimmer Nr. 7. Die Unschulpflichtigen sind mitzubringen, und die auswärts geborenen Kinder müssen außerdem den Geburts- oder Taufschein vorlegen.

Hochheim a. M., den 9. Februar 1920.
Der Magistrat: J. B. Viktor.

Anzeigen-Zell.

Verammlung

der Eltern und Mütter aller Schüler und Schülerinnen der Volksschule Hochheim, auch der Eltern, deren Kinder Eltern in die Schule neu aufgenommen werden, am 13. ds. Mts., abends 8 Uhr, in der Schule — Zimmer 3 und 4 — zwecks Bekanntmachung der nützlichen Bestimmungen für die Wahl von Elternbeiräten.

Alle Eltern der Schüler und Schülerinnen der Volksschule werden hiermit zu dieser Verammlung freundlichst eingeladen.
Der Schulleiter: A. A. S.

Er drückte seiner Schwiegervater die Hand und drückte einen gütlichen Kuß auf Gertruds Stirn.

Heute komme ich mit einer großen Bitte, sagte er, an dem Teetisch Platz nehmend, während Gertrud ihm die Tasse Tee einhändigte.

Da bin ich sehr neugierig, sagte die Geheimrätin lächelnd. Erinnerst Du Dich, Mama, fuhr er fort, daß ich vor dreißig Jahren mit Hilfe des verstorbenen Papa mein Bankgeschäft eröffnete?

Ja freilich, fuhr darauf beirater.

Ja, das stimmt. Und ich bin dem seligen Papa noch immer sehr dankbar — ich bin glücklich in meiner Ehe gewesen, wenn auch, so legte er ernst hinzu, der Himmel uns unseren einzigen Sohn genommen hat. Doch wir müssen uns in des Himmels Willens fügen. Heute handelt es sich nicht um unsere Ehe, sondern um mein Geschäft. Es ist mir geglückt, das Vertrauen meiner Kreise zu erwerben.

Das Du vollst du verdienst, lieber Schwiegervater.

Ich habe wenigstens das meine getan. Ich habe aber auch Glück gehabt, ich bin heute ein reicher Mann. Doch das nur nebenbei. Was mich herführt, ist die Bitte an Euch, einer Gesellschaft beizutreten, die ich zum Gedächtnis der Geschäftsgründung meinen Freunden und meinen Angestellten gebe. Ich hoffe, Ihr werdet meine Bitte erfüllen.

Gertrud sah still da. Mit einem Blick auf ihren Schilling, dessen Gedanken sie erriet, sagte sie: Ich glaube kaum, daß unsere liebe Gertrud in der Stimmung ist, ein lautes Fest zu besuchen.

Ich hoffe, mein liebes Töchterchen, wandte sich der Kommerzienrat an Gertrud, Du wirst es mir zu Gefallen tun. Der Verlust, der uns getroffen hat, hat uns alle tief geschmerzt. Deinen Schmerz über ich und rechne ihn Dir hoch an. Aber es sind einundzwanzig Jahre seit Bodo Tode verstrichen, da kommt Du mit schon die Freude machen, an diesem Feste teilzunehmen.

Wenn es Dir Freude macht und Du auf meine Annahmefreudigkeit wirklich Wert legst, so will ich gern kommen, wenn Großmama mich begleitet, entgegnete Gertrud freundlich.

Ich danke Dir von ganzem Herzen, sagte Kommerzienrat. Ich lege allerdings großen Wert auf Deine Anwesenheit, denn Du gehörst zu meiner Familie. Du bist mein liebes Töchterchen — mein Kind, das ich lieb habe und auf das ich stolz bin.

Er reichte ihr beide Hände hinüber, und als sie die Tränen abwuschte, zog er die schlanke Handgelenke an sich und küßte sie auf die Stirn.

Und nun will ich Euch in Eurer Gemütsruhe nicht weiter stören, fuhr er fort. Ihr müßt mich entschuldigen, ich habe noch eine wichtige Konferenz wegen der Wagadabahn. Wo auf Wiedersehen in acht Tagen, dann findet die Festlichkeit in unserem Hause statt.

Er verabschiedete sich rasch, als fürchte er, Gertrud könnte ihre Zusage zurückziehen. Aber Gertrud dachte nicht daran, sie wollte das Fest besuchen, weil sie sich, wie große Freude ihre Zusage dem Kommerzienrat gemacht hatte. Überwachen ging sie wahrhaftig nicht hin.

Das Treppenhause, die Gesellschaftsräume der Hammerstraße, waren wie bei den früheren Festen reich und geschmückt dekoriert. Die Gesellschaft setzte sich meist aus Persönlichkeiten zusammen, die Gertrud schon kannte, Herren und Damen der hohen Klasse, hohe Beamte, einige Offiziere und Professoren. Aber diesmal mifchten sich in diese vornehme und reiche Gesellschaft auch die bedeutenderen Gestalten der Angestellten der Bank, meistens junge Leute mit blauen, klugen Gesichtern.

Für die Mitglieder der Familie des Reiches war am oberen Ende des Saales ein reichgeschmücktes Podium errichtet. Hier saß in der Mitte auf dem Ehrenplatz die alte Geheimrätin, ihr zur Seite der Kommerzienrat und seine Frau, dann Gertrud neben ihrem Schwiegervater, Herr und Frau v. Westen, Major und Majorin Bogler und schließlich Albin und Helma, das glückliche Brautpaar. Ein Konzertstück eröffnete die Feier; dann nahm sich die Deposition der Angestellten, die ihrem Chef ein Geschenk zu diesem Gedächtnistage überreichte.

Die hohe, tröstliche Gestalt eines jungen Mannes, dessen

Hand mehrere Orden trug, stand an der Spitze der Deposition. Sein Blick glitt über die Schmeider der Fronte des Chors hinweg, einen Augenblick über sein Blick auf dem kahlen Kopf Gertruds ruhte, und auch sein Gesicht schien eine leuchtende Blässe zu überziehen. Doch dann wandte er sich dem Chef zu und sprach im Namen der Angestellten den Dank aus für das Wohlwollen, das der Kommerzienrat ihnen stets gezeigt und bot, zum Dank dafür das Geschenk — es war ein prachtvoller Tafelaufsatz — darbringen zu dürfen. Gertrud mußte sich fest auf die Lehne ihres Stuhls stützen, um aufrecht zu bleiben. Sie hatte in dem Sprecher der Deposition Albrecht Schmidt erkannt. So schwindelte ihr und eine Weile sah sie alles wie durch einen Nebel. Dann aber sagte sie sich und wenn auch noch marmornäßig, stand sie ruhig und aufrecht da.

Der Kommerzienrat dankte und teilte mit, daß er für seine Angestellten eine namhafte Stiftung errichtet habe, die sie vor den Sorgen des Alters schützen sollte.

Der erste, so fuhr er lächelnd fort, seine Hand dem alten Brautpaar Albrecht und Gertrud entgegenstreckend, der beiden die Hand, der in den Genick dieser Pension tritt, ist unser alter Freund Herr Albrecht, der mir alle dreißig Jahre hindurch treu gedient hat. Dieser Albrecht, empfangen Sie meinen herzlichsten Dank. Sie werden Ihre schätzbare Mitarbeiterschaft gemäß oftmals vermissen, hoffe jedoch, daß Ihr Nachfolger, Herr Albrecht Schmidt, in Ihre Fußstapfen treten wird. Sie aber, meine Herren Brautleute und lieben Gäste bitte ich, mit mir einzustimmen, Herr Albrecht, unser lieber Freund und treuer Mitarbeiter, lebe hoch, hoch, hoch!

Inselnd stimmte die Gesellschaft in dieses Hoch ein, während der Kommerzienrat den geliebten Herrn Albrecht umarmte.

Jetzt wachte Gertrud, wie Albrecht hierhergekommen war. Aber er hatte doch ganz andere Pläne geküßert, als sie sich das letzte Mal gesehen. Deshalb hatte er sich wieder in diese abhängige Stellung begeben?

Nach mehreren Ansprachen wurden gehalten, dann ging man zu Tisch, und nach Aufhebung der Tafel wurde getanzt. Albin war der Festorganisator; er führte die Polonaise an, er ordnete die Paare zur Quadrille, er gab das Zeichen zum Galoppieren und Aufbruch der Musik — kurz, er zeigte sich in der ganzen Glorie seiner gesellschaftlichen Gewandtheit.

Gertrud tanzte nicht. Sie hatte für diesen Abend die dunkle Trauerkleidung angelegt und trug ein einfaches helles Seidenkleid ohne jeden Schmuck. Die Majorin war gar nicht mit dieser Toilette ihrer Tochter einverstanden, und auch die Kommerzienrätin fand diese Einfachheit affektiert. Beide Damen preschten in den feierlichen Reihen, geschmückt mit Perlen und Brillanten.

Gertrud fühlte sich in dem feierlichen Ambiente verunsichert; sie nahm in einer entfernten Ecke Platz und ließ den Strom des Festes an sich vorbeiziehen. Albin hatte sich auch abgesetzt, der sah hin und wieder am Tische herbeigehen.

Da setzte sich der Kommerzienrat neben sie.

Da bist nicht frohlich, Töchterchen, sagte er freundlich.

Sie mit nicht so, deshalb, Papa, entgegnete sie, leicht ersichtlich. Ich will wohl nicht mehr in die trübe Gesellschaft.

Das wird sich wieder finden. Man muß auch verstehen können, mein Kind. Was sollte aus uns armen Menschen sonst werden? Hast Du übrigens meinen neuen Prospektus wieder erkannt? Er war schon einmal im Geschäft.

Du meinst Herrn Albrecht Schmidt?

Ja — Ich habe ihn ja in Ägypten gesehen, wie mir Großmama erzählte.

Albrecht — aber Du hatte er andere Pläne.

Hat er auch noch. So hat mir auch Waise gekostet, ihn zu gewinnen. Aber er kam mit große Dienste leisten, da er mit den schärfsten Verhältnissen bekannt ist und ich dort Verbindungen angeknüpft habe. — Du ist er übrigens. Holte Herr Schmidt!

Und ehe es Gertrud verhindern konnte, hatte er Albrecht herbeigewinkt.

Sie beschien, Herr Kommerzienrat? fragte er.

Meine Schwiegervaterin wünscht Sie zu sprechen — Sie kommen sich ja schon — also unterhalten Sie sich gut.

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung.

Der Termin für die Wahl zu den Elternbeiräten ist von der Regierung in Wiesbaden auf Sonntag, den 14. März ds. Js., festgesetzt worden.

Die Liste der Wahlberechtigten liegt im hiesigen Rathaus vom 12. Februar ds. Js. an 14 Tage lang zur öffentlichen Einsicht aus. Den Wählern (Eltern) ist geboten, von der Wählerliste Abschrift zu nehmen. Einsprüche gegen diese Liste sind spätestens eine Woche vor der Wahl bei dem Schulleiter abzugeben.

Der Schulleiter: Rektor A. A. S.

Rugholzversteigerung im Flörsheimer Gemeindefwald.

Am Samstag, 14. ds. Mts. vormittags 10 Uhr, gelangen im hiesigen Gemeindefwald, Distrikt 2 und 41 nachfolgende Rughölzer zur Versteigerung:

80 Stüd 52,76 Festmeter Eichenstämme (Distrikt 2)
42 Stüd 14,84 Festmeter Eichenstämme (" 2)
85 Stüd 60,66 Festmeter Eichenstämme (" 41)
31 Raummeter Eichen-Schichtaufholz
2,5 und 3 m lang (" 41)

Zusammenkunft u. Anfang: Dürrenschneise (Distrikt 2) vormittags 10 Uhr.

Flörsheim a. M., den 9. Februar 1920.

Der Bürgermeister:

L. A. S.

Rugholz-Versteigerung.

Am Freitag, den 13. Februar d. Js. vormittags 10 Uhr anfangend kommen im Wallauer Gemeindefwald in der Nähe von Langenhain Distrikt Noos Nr. 7 folgende Rughölzer zur Versteigerung:

230 Fichtenstämme von 60,83 Festmeter
110 Fichtenstämme 1. Klasse von 9,90 Festmeter
40 Fichtenstämme 2. Klasse von 2,40 Festmeter
5 Fichtenstämme 3. Klasse von 0,15 Festmeter.
Zusammenkunft im Versteigerungsdistrikt.
Wallau, den 5. Februar 1920.

Der Bürgermeister: Heuser.

Gartensamerei,

Raphlabasi,

Obstbaumfarbolineum,

Baumwachs

empfehlen

Gärtnerei Peter Sack, Hochheim a. M.

Der beste Heizmaterial-Verarbeiter ist

Dauerbrandöl

für Altbau-, Zimmer-, Zentralheizungen und Industrie.

Überall sofort verwendbar.

Kohlen- und Heizölverarbeit.

Groß- und Klein-Verkauf. Pöhl, Ad. Reim, Flörsheim a. M.

Gartensamereien

anbau in der Dreifaltigkeit der Malzer Samenfirmen, empfiehlt

Gärtnerei Peter Sack, Hochheim.

Prima Heftstroh, sowie Zuckerrüben,

als Schwimmlater geeignet, zu verkaufen.

Näheres bei Frau C. Lutz, Hochheim a. M., Weidstr. 47.

Kupferne Waschkessel

find zu haben bei

Gebr. Kunz

Schlossmüller, Friedrich a. d. M., Mollstr. 4

Zu verkaufen:

sehr antiker, neuer, ganz

hauseigener, f. Hebel- und Birnen- Zähler- Cylind.

Stämme. Mollstr. 47.

Leichter Einpännerlastenwagen

mit 1000 bis zu verkaufen.

Abend 10 Uhr, Mollstr. 47.

Wer erlitt Unterricht

im Fliesen und Mäßen?

Abends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr.

Näheres H. L. des Hochheim

Stadtschulze, Hochheim a. M.

Bekämpfung



Wühlmause

durch

Sokial-Kuchen

Sicher wirkendes Mittel in gebrauchsfertiger, bequem anwendbarer Form.

Unschädlich für Menschen und Haustiere. Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co. Leverkusen bei Köln a. Rhein

Abteilung für Pflanzenschutz und Schädlingsbekämpfung.